

NACHRICHTEN

Lieberman offiziell als Kandidat ernannt

NASHVILLE: Der demokratische Präsidentschaftsbewerber Al Gore hat am Dienstag den langjährigen Senator Joseph Lieberman offiziell zu seinem Vize-Kandidaten ernannt. Damit zieht zum ersten Mal in der Geschichte der USA ein jüdischer Politiker als zweiter Mann in den Präsidentschaftswahlkampf. In einer Rede in Nashville (Tennessee) würdigte Gore, die Erfahrung, Integrität und den Mut des 58-jährigen Lieberman. Er zeigte sich überzeugt, dass sie beide zusammen den republikanischen Kandidaten George Bush und dessen Vize Richard Cheney bei der Wahl im November schlagen würden. Der Weg werde von Nashville über Los Angeles, dem Schauplatz des demokratischen Parteitag in der kommenden Woche, direkt ins Weiße Haus führen, versprach Gore unter dem Jubel Hundertter von Zuhörern.

Reformerzeitung «Bahar» verboten

TEHERAN: In Iran ist am Dienstag die letzte der großen reformorientierten Tageszeitungen verboten worden. Die Entscheidung sei vom Pressegericht auf Grund mehrerer Beschwerden getroffen worden, verlautete von Mitarbeitern des Blattes. Die Zeitung habe erfundene und erlogene Artikel veröffentlicht, begründete die konservative iranische Justiz ihre Entscheidung. Der Chef der Zeitung, Said Pur-Asisi, arbeitet auch für den Pressedienst des reformorientierten iranischen Präsidenten Mohammed Chatami. «Bahar» war das Hauptorgan der liberalen Kräfte in Iran. In den vergangenen Monaten wurden mehr als 20 reformorientierte Publikationen eingestellt und mehrere Journalisten verhaftet. Am Dienstagmorgen demonstrierten mehrere tausend Menschen vor dem Parlament in Teheran gegen die Abgeordneten, die eine Liberalisierung des Presserechts anstreben. «Bahar» hatte gestern eine Erklärung des stellvertretenden Parlamentspräsidenten Mohammad-Reza Chatami veröffentlicht, in der dieser den geistlichen Führer Ayatollah Ali Chamenei eines «organisierten Komplotts» gegen das iranische Parlament beschuldigte.

Tote und Verletzte bei Bombenexplosionen



BILBAO: Bei zwei Autobomben-Anschlägen haben mutmassliche baskische ETA-Terroristen gestern im Baskenland einen Industriellen getötet und in Madrid zehn Menschen verletzt. In der Nacht zuvor waren vier ETA-Mitglieder in Bilbao zerrissen worden, als in ihrem Auto eine Ladung Sprengstoff explodierte. Zwölf Stunden später zündeten mutmassliche ETA-Terroristen in Zumaia bei San Sebastian eine Autobombe neben dem Wagen des baskischen Firmenchef Jose Maria Korta. Der 52-jährige Präsident des lokalen Arbeitgeberverbandes wurde zehn Meter weit fortgeschleudert und starb. Korta war ein erklärter Gegner des ETA-Terrors gewesen. Am Abend explodierte in einem Wohnviertel im Norden Madrids eine zweite Autobombe. Zehn Passanten wurden verletzt, zwei von ihnen schwer. Ein Anrufer hatte kurz vor der Explosion eine Warnung gegeben. Für beide Anschläge im Baskenland und in Madrid wurde die ETA verantwortlich gemacht. Die Täter entkamen. In der Nacht zuvor war am Rande von Bilbao ein Kleinwagen mit vier ETA-Aktivisten explodiert. Die Insassen waren auf der Stelle tot.

Staat will konsequent handeln

FRANKFURT: Im Kampf gegen Rechts wollen Staat und Gesellschaft jetzt konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln handeln. Bundeskanzler Gerhard Schröder kündigte gestern an, dass Bund und Länder dem Rechtsextremismus «mit aller Härte» begegnen werden. Politiker von SPD, Union und FDP setzten sich für beschleunigte Verfahren gegen neonazistische Straftäter ein. Das Bundesjustizministerium kündigte erste Massnahmen gegen rechte Propaganda im Internet an.

Sieben Tote und 53 Verletzte

Sprengstoffanschlag in Moskau - Schwere Explosion in Fussgängerunterführung

MOSKAU: Die Zahl der Opfer des verheerenden Sprengstoff-Anschlags in einer Fussgängerunterführung im Zentrum Moskaus ist am Dienstag weiter gestiegen. Nach jüngsten Angaben der Rettungsdienste wurden sieben Menschen getötet und 53 verletzt, wie die Nachrichtenagentur Interfax meldete.



Feuerwehrlente verlassen nach ihrem Einsatz die Fussgängerunterführung in Moskau. Gestern ist dort ein Sprengstoffanschlag verübt worden, bei dem sieben Menschen starben und 53 verletzt wurden.

Präsident Wladimir Putin hielt eine Krisensitzung mit den Ministern für Inneres und Verteidigung, Wladimir Ruschailo und Igor Sergejew, sowie den Leitern des Inlandsgeheimdienstes FSB und des Katastrophenschutzes ab. Der Staatschef sprach den Angehörigen der Opfer der Explosion das Beileid aus, wie der Kreml mitteilte.

In der russischen Hauptstadt wurden die Sicherheitsmassnahmen verschärft. An grossen Zufahrts- und Ausfahrtsstrassen wurden Sicherheitskräfte postiert. Wichtige Häuser in Moskau sowie U-Bahn-Stationen und belebte Plätze wurden kontrolliert.

Der Hintergrund der Explosion war weiterhin unklar. Der FSB und Bürgermeister Juri Luschkow gingen von einem Terrorakt aus. Ärzte in Spitälern schlossen nach der Art

der Wunden der Opfer nicht aus, dass der Sprengsatz mit Schrauben und Nägeln gefüllt gewesen sein könnte. Kurze Zeit nach der Explosion wurde in der Nähe des Unglücksortes ein zweiter Sprengsatz rechtzeitig entschärft.

Im September vergangenen Jahres waren bei einer Serie von vier Anschlägen auf russische Wohn-

häuser, davon zwei in Moskau, in wenigen Tagen etwa 300 Menschen getötet worden.

Trotz fehlender Beweise machte die russische Führung damals tschetschenische Separatisten dafür verantwortlich.

Moskau führt seit fast genau einem Jahr einen Feldzug gegen Rebellen im Kaukasus. Die Moskauer

Staatsanwaltschaft leitete nach der Explosion vom Dienstag Ermittlungen wegen Terrorismus ein. Der Sprengsatz mit einer Stärke von mindestens 500 Gramm TNT explodierte im unterirdischen Bereich der U-Bahn-Station Puschkinskaja nahe der Hauptgeschäftsstrasse Twerskaja, wie die Zivilschutzbehörde in Moskau mitteilte.

Neun Jahre Haft für Anwar Ibrahim

Malaysias Ex-Vizepremier Anwar schuldig gesprochen - Verbannung von der politische Bühne

KUALA LUMPUR: Der frühere malaysische Vize-Regierungschef Anwar Ibrahim ist am Dienstag homosexueller Kontakte für schuldig befunden worden. Er wurde zu neun Jahren Haft verurteilt.

hatte 14 Monate lang gedauert. Nach den Worten der Ehefrau des Verurteilten, Azizah Ismail, will ihr Mann Berufung einlegen. Auf Homosexualität stehen in Malaysia bis zu 20 Jahre Haft.

Hartes Vorgehen

Nach der Entscheidung des Richters muss Anwar die Haft im Anschluss an eine sechsjährige Gefängnisstrafe antreten, die er bereits wegen Amtsmissbrauchs verbüsst. Nach dem Ende der Haft darf er überdies fünf Jahre lang keine politischen Ämter ausüben. Sukma wurde zu sechs Jahren Haft und vier Stockschlägen verurteilt, aber zunächst auf Kautions freigelassen.

Weltbankpräsident James Wolfensohn äusserte sich in Washington

beunruhigt über das Urteil gegen Anwar Ibrahim. «Anwar ist nicht nur ein Freund und ein geschätzter Kollege, er war auch ein hervorragender Vorsitzender unseres Entwicklungskomitees und ein Mann, der seine Meinung sagt», erklärte Wolfensohn. «Dieses Urteil ist sehr beunruhigend.» Auch die Regierungen Australiens und Neuseelands reagierten mit Sorge und Betroffenheit auf das Urteil.

«Lust auf Macht»

Anwar bezeichnete den Regierungschef nach seiner Verurteilung als «Feigling». In einer Erklärung sagte er, Ministerpräsident Mahathir habe eine «unersättliche Lust auf Macht» und benutze Justiz sowie Regierung für seine politischen

Zwecke. Das Urteil sei «ungerecht und schändlich». Das malaysische Volk werde Machtmissbrauch und Korruption nicht länger tolerieren, sagte er.

Vor der Verkündung des Urteils waren mehrere hundert Sicherheitskräfte vor dem Gerichtsgebäude aufgezogen, wie die malaysische Nachrichtenagentur Bernama berichtete. Trotz des Versammlungsverbots demonstrierten aber bis zu 1000 Anhänger Anwars mit Rufen wie «Lang lebe Anwar» oder «Zerstört Mahathir». Die malaysische Menschenrechtsgruppe Suaram (Stimme des malaysischen Volkes) verurteilte die Entscheidung ebenfalls scharf. Ein Sprecher der Opposition sprach von einem schwarzen Tag für die malaysische Justiz.

Der politische Schutz ist weg

Oberstes Gericht Chiles hebt Immunität Pinochets auf

SANTIAGO: Das Oberste Gericht Chiles hat die parlamentarische Immunität des früheren Diktators Augusto Pinochet aufgehoben und damit den Weg für einen möglichen Prozess gegen ihn frei gemacht. Wie Oberrichter Jose Benquis gestern mitteilte, fasste das Gericht den Beschluss bereits vor einer Woche, veröffentlichte den Spruch aber erst nach Abfassung der schriftlichen Begründung.



Überschwengliche Reaktionen in Chile, nachdem feststand, dass die Immunität des früheren Diktators Pinochet aufgehoben wurde.

Nach Benquis Angaben lehnten 14 der 20 Richter die Berufung Pinochets gegen die Aufhebung der Immunität durch eine untere Instanz ab. Sechs Richter stimmten zu Gunsten der Immunität, die der Ex-general als Senator auf Lebenszeit genoss.

Die Entscheidung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Prozess gegen den ehemaligen Militärmachthaber, gegen den insgesamt 157 Klagen wegen Verletzungen der Menschenrechte vorliegen. Ob es gegen den 84-Jährigen allerdings überhaupt zu einem Prozess kommen wird, ist wegen seines hohen Alters

und angeblich labilen Gesundheitszustands fraglich. Aber auch dann, wenn bei einer medizinischen Untersuchung seine Verhandlungsfähigkeit festgestellt würde, würde sich ein Prozess wahrscheinlich über Jahre hinziehen. Ein solches Verfahren könne bis zu acht Jahren dauern, er-

klärte der Anwalt Eduardo Corderas, der als Vertreter der Kommunisten vor zwei Jahren den ersten der 157 Strafanträge gegen Pinochet eingereicht hatte. Auch sein Kollege Hugo Gutierrez teilt die Einschätzung, dass Pinochet vermutlich nie ins Gefängnis kommen wird.

Tote bei Drama in Italien

PARIS: Bei einem neuen Flüchtlingsdrama in Italien sind am Dienstag mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen. Wie eine Beobachterin mitteilte, mussten etwa 30 Bootflüchtlinge am Drängen der Schiffler in die aufgewühlte Adria springen. Zwei 21-Jährige, einem 27-jährigen Mann und einer 20-jährigen Frau, wurden gestern in der Mitte des Meeres von einem Boot der italienischen Küstenwache gefunden. Die beiden waren tot. Die anderen Flüchtlinge wurden in ein Boot an der Küste von Bari gebracht. Die italienische Regierung hat die Zahl der Flüchtlinge, die in den letzten 24 Stunden in Italien an Bord von Booten gelangt sind, auf 1500 geschätzt. Die meisten von ihnen sind aus Albanien und Marokko. Die italienische Regierung hat angekündigt, dass sie die Zahl der Flüchtlinge, die in Italien an Bord von Booten gelangen, auf 1500 pro Tag begrenzen will. Die italienische Regierung hat angekündigt, dass sie die Zahl der Flüchtlinge, die in Italien an Bord von Booten gelangen, auf 1500 pro Tag begrenzen will.